

Die Handschriften sind gerettet – die Kuh ist nicht vom Eis. Noch nämlich gibt es keine Anzeichen dafür, dass die Landesregierung begriffen hat, welchen kulturpolitischen Flurschaden sie mit ihren Ausverkaufsplänen angerichtet hat. Um die Insolvenz des Hauses Baden abzuwenden und den dann nötigen Verkauf wichtiger Kulturgüter zu verhindern, plante das Land seinerseits, die Handschriftensammlung zu opfern – altes Papier im Keller, wie ein Minister meinte. Um einen Vergleich mit dem Haus Baden finanzieren zu können, wurden dessen Kulturgüter gegeneinander in Stellung gebracht: Schloss und Münster Salem, Gemälde und Münzen, Türkenbeute und Handschriftensammlung. Als die Proteste eskalierten, sprach die Landesregierung vom Dilemma: strittige Eigentumsfragen und Kulturgüterschutz. Doch dies Dilemma, und das ist der eine kulturpolitische Skandal, ist selbstverschuldet.

Seit Jahrzehnten wissen die Landesregierungen in Baden-Württemberg um die ungeklärten Eigentumsverhältnisse. Anders als in Württemberg, wo Staats- und fürstlicher Privatbesitz schon im 19. Jahrhundert getrennt wurden, blieb in Baden die Zuordnung strittig. Keine Landesregierung hat sich aufgerafft, dieses Problem anzugehen. Trotz der ungeklärten Eigentumsverhältnisse wurde sogar noch Geld in die Restaurierung und Aufbereitung von Kunstwerken des Hauses Baden gesteckt. Damit wird man erpressbar. Gute Politik hätte sich nicht um eine Klärung gedrückt, sondern auf sie gedrängt.

Jetzt ist die Landesregierung in Zugzwang geraten, – denn das Haus Baden drängt auf Klärung, weil es in Finanznöten ist. Die Landesregierung handelt dabei alles andere als souverän, hört nicht auf Historiker und Juristen, die sich intensiv mit dem Staatsrecht des 19. Jahrhunderts beschäftigt haben und die darauf verweisen, dass die meisten strittigen Gegenstände dem Staat gehören. Seit Jahrzehnten befinden sie sich in öffentlichem Besitz, in Landesmuseen, Landesbibliotheken, sind also öffentlich zugänglich und öffentlich gefördert und erschlossen worden. Die Landesregierung aber scheut immer noch die gerichtliche Klärung und sucht den teuren Vergleich.

Das Ganze ist längst ein Stück aus dem Tollhaus: Erst speist der Ministerpräsident die Kritiker mit dem Argument ab, die Proteste stünden nur in den Feuilletons, nicht aber auf den Wirtschaftsseiten, dann beklagt sich der Kunstminister, er habe erwartet, dass die Öffentlichkeit rationaler mit dem Thema umgehe. Der Imageschaden für die Landesregierung ist immens, beschämend die Tatsache, dass offensichtlich kein Mitglied der Koalition Gespür für Tradition und Respekt vor der eigenen Geschichte zeigte.

Vor einem knappen Jahr rief Günther Oettinger zum Kunstkongress nach Karlsruhe: «HauptSacheKunst» verkündete er da vollmundig und beschwor den Kulturstandort Baden-Württemberg. In der politischen Praxis schert er sich keinen Deut darum, sondern hat als erster deutscher Politiker einen Tabubruch ersten Ranges begangen: Er erklärte sich bereit, Kunst- und Kulturgüter, die in öffentlicher Obhut sind, in großem Stil zu verkaufen. Da geht es um mehr als um Handschriften, Gemälde oder Waffensammlungen. Da geht es darum, dass sich der Staat nicht

mehr als treuhänderischer Verwalter von Kulturgut versteht, sondern als schnöder Kassenwart. Deshalb auch der Aufschrei in der großen Öffentlichkeit und nicht nur bei Wissenschaftlern und Museumsleuten.

Kultur ist Identität, und die verkauft man nicht. Die gilt es zu erhalten und zu verteidigen. Der Staat ist nicht Händler, sondern Hüter dessen, was ihm anvertraut ist – in Museen, Bibliotheken, Archiven und Gebäuden. Dieses Verständnis ist seit einiger Zeit im Schwinden begriffen. Da empfiehlt der Landesrechnungshof der Stuttgarter Staatsgalerie, *den maßvollen Abbau der Sammlungsbestände* und eine stärkere Orientierung an den Publikumsinteressen. Eine kühne kulturpolitische Intervention von Finanzkontrolleuren! Da erklärt der Kunstminister vor einem Jahr, Landesmuseen sollten Kunstobjekte aus eigenen Beständen verkaufen können, wenn sie neue Projekte finanzieren wollen. Rückblickend klingt das wie eine Vorankündigung auf den Deal mit dem Haus Baden.

Nachdem der Handschriftenverkauf am Protest der Öffentlichkeit gescheitert ist, sollen jetzt Sponsoren, die Landesstiftung und die Landesmuseen einspringen: Sie sollen in einem Akt der Solidarität Bestände verkaufen, letztendlich wieder, um dem Haus Baden wirtschaftlich aus dem Schneider zu helfen. Das ist höchst fragwürdig und widerspricht den Aufgaben öffentlicher Kulturpolitik. Zudem würde das Beispiel schnell Schule machen. Auch in anderen Bundesländern werfen Politiker begehrlische Blicke auf Kunstwerke, die sich für gutes Geld versilbern ließen. Und auch die kommunalen Museen und Sammlungen könnten sich schon bald des Zugriffs der städtischen Finanzpolitiker nicht mehr erwehren. Es gilt einen Dambruch zu verhindern!

Finanzielle Lasten zu teilen, die aus dem enorm teuren Erhalt von Kulturgut, in diesem Fall der Anlage Salem, entstehen – das ist das eine, das ist richtig, da ist das Land auch dem Haus Baden gegenüber in der Pflicht. Doch dieser Pflicht ist es mit Zuschüssen zur Sanierung von Salem längst nachgekommen. Selbstverständlich ließe sich über zusätzliche Finanzhilfen diskutieren, schließlich übersteigen die Erhaltungskosten einer derart großen Anlage die Möglichkeiten einer Familie. Doch solche Hilfsmaßnahmen müssten in einem größeren Zusammenhang gesehen werden und Anlass sein, das Problem Schlösser, Burgen und deren Inventar grundsätzlich anzugehen.

Salem ist kein Einzelfall. Viele Adelsfamilien kämpfen mit den finanziellen Lasten ihres historischen Erbes, das von öffentlichem Interesse ist. Neue Wege zur Sicherung und zum langfristigen Erhalt dieser Kulturdenkmäler müssen eingeschlagen werden. Diese Diskussion ist überfällig, schließlich ist auch der Staat überfordert, all die kostspieligen Objekte zu übernehmen. Und sollte jetzt die Landesstiftung Salem vorrangig fördern, fehlt dieses Denkmalgeld sofort woanders. Das Beispiel des britischen National Trust könnte eine Lösung bieten, die Interessen der Öffentlichkeit und der Adelsfamilien in Einklang zu bringen und den Ausverkauf von Geschichte zu verhindern. Die Vorschläge der Landesregierung von Baden-Württemberg, das Problem Salem zu lösen, sind dagegen ein Paradebeispiel für hilflose Ignoranz und kopfloses Krisenmanagement.